

Erscheint alle 14 Tage  
Wertelj. Bezugspreis  
1,50 Mk.  
Zu beziehen im Verlag  
„Die Eiche“, Berlin  
NO 55, Greifswalder  
Straße 222.

# Die Eiche

Anzeigen für die sechs-  
gespaltene Beilage  
20 Pfg.  
Arbeitsmarkt 15 Pfg.  
Datsvereinsanzeigen  
10 Pfg.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 33/34

Berlin, den 19. August 1932

43. Jahrg.

Fernsprechamt  
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an P. Volkman, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerksvereins bestimmten Postfächer sind zu adressieren: Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222. Schriftl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222, Postfach 39021 beim Postfachamt Berlin NW 7.

Fernsprechamt  
Alexander 4719

## Was soll nun werden?

Die gewerkschaftlichen Organisationen müssen sich immer wieder, mehr als ihnen lieb ist, mit den politischen Zeit- und Streitfragen beschäftigen. Wenn wir Deutsche uns auch über fast alle Tagesfragen in ständlichem Streit befinden, über eines sind wir uns im Inland wie auch im Ausland vollständig einig, nämlich: in der Auffassung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands sich nicht bessern können, wenn nicht zuvor eine Konsolidierung und Festigung der politischen Verhältnisse platzgreift.

Dieserigen, welche von der Reichstagswahl eine Entscheidung nach der einen oder anderen Richtung erwartet haben, sind bitter enttäuscht worden. Genau wie bei den preussischen Landtagswahlen, ist auch das Ergebnis der Reichstagswahlen ein solches, daß nach keiner Seite eine feste und bestimmte Mehrheitsbildung zu erkennen ist. Weder die Rechte noch die Linke hat eine regierungsfähige Mehrheit. Bewiesen hat die Wahl nur, daß die Mehrheit des Volkes sich gegen den Nationalsozialismus ausgesprochen hat, sie hat aber auch keiner anderen Partei die Vollmacht gegeben, für sich allein das Steuer des Reiches zu beanspruchen. Als wesentlichste Tatsache ist zu buchen, daß die bürgerlichen Mittelparteien — außer dem Zentrum fast ganz zerrissen sind und der neue Reichstag im wesentlichen auf vier starke Machtgruppen beschränkt ist: Nationalsozialisten, Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten.

Was soll nun werden? Wenn Vernunft in Deutschland noch einen Marktwert hätte, dann müßten die tonangebenden Politiker anerkennen, daß die Wähler keiner Partei das Recht zur alleinigen Machtübernahme gegeben haben. Folglich bliebe nichts anderes übrig, als daß sich nach den parlamentarischen Regeln mehrere Parteien gemeinsam zur Regierungsübernahme verpflichten, wobei es natürlich Voraussetzung wäre, daß jede Partei auf die restlose Durchsetzung des eigenen Parteiprogramms verzichtet, um das Einvernehmen mit den Nachbarparteien herbeizuführen. So ist es seit der Weimarer Nationalversammlung immer gewesen, und wenn auch eine restlose Befriedigung der einzelnen Wählergruppen und Stände nicht erzielt werden konnte — was übrigens unter keinem Regierungssystem der Fall sein wird — so konnte doch aus den nach dem Weltkrieg verbliebenen Trümmern des Deutschen Reiches eine Einheit wieder aufgebaut werden.

Diese vernunftgemäße Einstellung wird von den radikalen Parteien von rechts und links abgelehnt. Jede will für sich die alleinige Macht und droht, sich diese Macht gewaltsam zu nehmen, wenn sie ihr vorenthalten wird. Ihre Presse wühlt die Leidenschaften bis zum Außersten auf und treibt zu Terrorakten, wie sie im gleichen Ausmaß im letzten Jahrhundert noch in keinem Kulturstaat zu verzeichnen waren. Politische und gewerkschaftliche Führer werden kaltblütig über den Haufen geknallt, gegnerische Zeitungsredaktionen und Wohnungen mißliebiger Politiker mit Bomben und Handgranaten in die Luft gesprengt. Was sich z. B. in den letzten Wochen in Ostpreußen, Oberschlesien und Braunschweig abgespielt hat, steht beispiellos in der politischen Geschichte da. Ob die inzwischen verordneten Sondergerichte selbst bei Androhung der Todesstrafe eine Besserung dieser unheilvollen Zustände herbeiführen, ist noch sehr fraglich, da weite Kreise starke Zweifel hegen, ob diese Sondergerichte nach allen Seiten gleich scharf zupacken werden.

Die wahnsinnige Bekämpfung der Parteien unter sich, verschaltet es, daß sich eine Regierung am Ruder halten kann, die eigentlich keine Partei aber auch keine nennenswerten Volksschichten hinter sich hat. Was steht denn hinter der Regierung Papen-Schleicher? Doch nur die Großgrundbesitzer, der Hochkapitalismus und ein Teil der alten Bürokratie. Hoch geredet sind das einige Hunderttausende, während 44 Millionen Wähler an die Wahlurne gingen. Diese hauchdünne Schicht, welche hinter der Regierung Papen-Schleicher steht, kann ihre Macht nur ausüben auf Grund der Uneinigkeit der Parteien, die sie zur Selbstzerfleischung zettelt.

So klein an Zahl diese Schicht, die hinter der Regierung steht, auch ist, so gefährlich ist sie, vom Arbeitnehmerstandpunkt aus gesehen. Dieser Schicht ist jede soziale Erregung ein Dorn im Auge, ganz gleich, ob es sich um die sozialen Versicherungsgesetze, um das Tarifrecht oder das Betriebsrätegesetz handelt. Sie ist auch Totfeindin der politischen Rechte der Arbeitnehmer. Sie will allein herrschen, allein im Betriebe bestimmen und die Mittel des Staates, auch die finanziellen, für sich allein in Anspruch nehmen. Für den Arbeiter das freie Spiel der Kräfte, für den Unternehmer aller Kategorien die ganzen Machtmittel des Staates.

Und der Arbeiter, der dumme deutsche Michel merkt das nicht. Sonst wäre es doch nicht möglich gewesen, daß auch bei der letzten Reichstagswahl Millionen Arbeiter hinter den Parteien herliefen, deren ganzes Verhalten erst die Bildung einer Regierung Papen-Schleicher möglich machte. Und deren jetziges Verhalten wiederum dazu beiträgt, daß die Regierung sich noch im Amt halten kann. Es ist ein Trauerspiel, wenn man beobachtet muß, wie sich so mancher Arbeiter, der früher treu zur gewerkschaftlichen Organisation stand, hat verheizen lassen. Wie er heute mit auf die Gewerkschaften schimpft und gar nicht weiß, wie er sich damit selbst lästert. Wodurch ist denn die Schwungkraft der Gewerkschaften geschwächt worden? Doch nur dadurch, daß sich so viele durch die Sirenenklänge der Gewerkschaftsfeinde einjagen ließen und die Gewerkschaft den Rücken kehrten. Von da ab ist die Widerstandskraft der Gewerkschaften gemindert und wenn heute diese Eingekerkerten auf die Gewerkschaften schimpfen, dann sollen sie nur an die eigene Brust schlagen und sich sagen, daß sie selbst die Schuld durch ihren Verrat an der Gewerkschaft tragen. Als Dank für ihre abtrümmige Haltung haben sie erhalten die Notverordnung Papen. Das war die Luilution für die Uneinigkeit der Arbeiter. Und weitere Luilutionen folgen in der Kündigung der Tarifverträge und Lohnabkommen, in dem Abbau der Schlichtungsinstanzen.

Die Not dürfte keine Parteien kennen. Von gewerkschaftlicher Seite ist das längst als Wahrheit erkannt und so arbeiten die drei Gewerkschaftsrichtungen trotz Wahrung ihrer Eigenart schon seit Jahren im engsten Einvernehmen miteinander, um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen. Warum kann auf politischem Gebiet nicht das Gleiche gelten? Aber der Deutsche sieht dem andern erst auf das Zeichen im Knopfloch, bevor er ihn grüßt. Das ist die Folge nicht des politischen Kampfes an sich, sondern die Folge der beschämenden Form, die der Kampf jetzt angenommen hat. Es wäre doch der Untergang alles Bestehenden, wenn diese Form des politischen Kampfes auch auf alle anderen Gebiete übertragen würde. Konkurrenzkampf gibt es doch auch im geschäftlichen Leben, auch im kulturellen und religiösen. Ueberlegen wir doch einmal, was es bedeuten würde, wenn sich die Fleischer, Bäcker und Milchhändler, die Protestanten, Katholiken und Juden, die Herzge und Biochemisten gegenseitig mit Handgranaten bearbeiten würden? Die Folgen wären nicht auszu-denken; die ganze Wirtschaft würde zusammenbrechen.

Auch die verantwortlichen Politiker sollten sich endlich darauf besinnen, daß die Regeln der gegenseitigen Duldung und die Achtung der Gesinnung des Mitmenschen auch für ihr Geschäft gilt. Wann werden sie endlich ihren hemmungslosen Propagandisten in den Arm fallen? Einmal werden sie sich ja sicher ihrer entledigen, nämlich dann, wenn sie am Ziele ihrer Wünsche sind und das Steuerruder des Reiches in der Hand haben. In der Zwischenzeit wird aber durch die weitere Verhezung der Massen noch mehr geistiges und wirtschaftliches Gut vernichtet. Man fragt sich immer wieder verwundert: Welcher Teufel hat diese Methoden des Vernichtungskrieges für die innerpolitischen Auseinandersetzungen erfunden, und wie will man später die wahnsinnigen Vorstellungen über die moralische Mindertwertigkeit des politischen Gegners aus den Gehirnen der Menschen wieder entfernen?

Ende August muß das neugewählte Reichsparlament zusammenreten. Mögen dann die Abgeordneten die Mah-

nung beherzigen, die über einem Eingang zum Sitzungssaale des Reichstags angebracht ist: „Das Vaterland über die Partei.“ Mögen die Abgeordneten weiter beherzigen, daß das deutsche Volk in erster Linie Arbeit braucht. Arbeit schafft Tauschwerte, Arbeit schafft den eigenen Unterhalt für den Arbeiter und seine Familie. Absatz und Umsatz müssen weitestgehend geregelt werden, um den fortbauenden Wirtschaftsumtrieb zu ermöglichen. Wirtschaft ist Schicksal, ist bei einem Volk, dessen Großteil in abhängiger Stellung zur Wirtschaft steht, Massenschicksal. Das mögen die Volksvertreter aller Parteien bei allen politischen Auseinandersetzungen und Entschlüssen nicht vergessen. Die Wirtschaft ist der Nahrungskern des Volkes. Natürlich gibt es auch noch andere gleichberechtigte Faktoren: Kultur und Zivilisation. Aber diese können nur gepflegt werden, wenn die Menschen zu leben haben. Der hungerrnde Magen empfindet die die Kultur als Hohn. Also zuerst kommt die Sättigung. Millionen sitzen in bitterster Armut und Verzweiflung und sehen noch keinen Ausweg. Sie erwarten von der Volksvertretung mehr als Parteizank. Sie haben das Wählen satt, sie haben es in den letzten Monaten so viel geübt, daß keine Gefahr besteht, daß sie wieder aus der Uebung kommen. Es wäre gut, wenn der Kursus jetzt unterbrochen würde, damit die gewählten Abgeordneten dem deutschen Volke endlich mal wieder zeigen können, daß sie für das schwere Geld, welches die Wahl und die Erhaltung der Abgeordneten kostet, auch etwas zu leisten vermögen. Diese Hoffnung darf nicht enttäuscht werden, wenn nicht zugleich in krasser Weise der Gedanke der Selbstregierung des Volkes untergraben werden soll.

Arbeit zu schaffen für die sechs Millionen, die aus dem Arbeitsprozeß herausgeschleudert sind und nicht mehr länger so leben können, wie die Krisis sie zu leben zwingt. Das ist die Hauptaufgabe des neuen Reichstags. Wenn ihm die Lösung dieser Aufgabe gelingt, dann kann er des Dankes der ganzen Nation gewiß sein.

## Ausführungsbestimmungen zum freiwilligen Arbeitsdienst.

Am 5. August sind nun im „Reichsanzeiger“ die Ausführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministeriums zur Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst vom 16. Juli erschienen. Man kann sich nunmehr ein Bild machen über die ganze Neugestaltung des Arbeitsdienstes. Kurz zusammengefaßt ergibt sich folgender Inhalt der Ausführungsbestimmungen:

Als Förderung wird für Arbeiten pro Kopf ein Betrag von höchstens 2 Reichsmark monatlich bis zur Dauer von 20 Wochen innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren gewährt. Bei „volkswirtschaftlich wertvollen“ Arbeiten kann die Förderungsdauer bis zu 40 Wochen verlängert werden. Soweit eine Arbeit nach ihrer Beschaffenheit, ihrem Umfang oder in sonstigen Voraussetzungen als Notstandsarbeit durchgeführt werden kann, darf sie nicht im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes gefördert werden. Der Charakter der Freiwilligkeit des Dienstes bleibt erhalten.

Die Förderungszeit wird dem Arbeitsdienstwilligen auf die Unterstüchtungsdauer in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge nicht angerechnet. Das ist wesentlich; denn danach bleibt der Unterstüchtungsanspruch erhalten. Das ist eine bessere Regelung, als sie bisher bestand.

Unternehmungen, die auf Erwerb gerichtet sind, können nach der Verordnung vom 16. Juli dann Träger der Arbeit sein, wenn die Ergebnisse ausschließlich oder überwiegend der Allgemeinheit zugute kommen. Hier ist ein gefährlicher Punkt, denn es liegt im Wesen der auf Erwerb gerichteten Unternehmungen, daß sie in erster Linie an den eigenen Vorteil denken.

Die Mittel, die das Reich und die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung dem freiwilligen Arbeitsdienst zur Verfügung stellen, verwaltet der Reichskommissar. Die Entscheidung darüber, welche Mittel die Reichsanstalt zur Verfügung stellt, trifft der Präsident dieser Anstalt. Hier bleibt eine Unklarheit.



Soll die Reichsanstalt Ersparnisse zur Verfügung stellen oder andere Gelder? Ersparnisse sind doch jetzt, wenn die Unterfütterung während des freiwilligen Arbeitsdienstes lediglich ruht, nicht mehr zu machen. Auf der anderen Seite bleibt aber der Präsident der Reichsanstalt nach wie vor an den Haushalt gebunden. Ueber diesen dunklen Punkt muß baldigst Klarheit geschaffen werden.

Der Reichskommissar und die Bezirkskommissare (Präsidenten der Landesarbeitsämter) sollen Personen, Vereinigungen und Einrichtungen, die besondere Erfahrungen im freiwilligen Arbeitsdienst haben, zur beratenden Mitwirkung heranziehen. Auf Deutsch: ein eigentlicher Beirat wird also nicht gebildet. Ob eine Arbeit im freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführt werden kann, bestimmen die Bezirkskommissare. Die Vorsitzenden der Arbeitsämter entscheiden über die Förderung des einzelnen Arbeitsdienstwilligen. Die Bezirkskommissare sind an die Weisungen des Reichskommissars gebunden, d. h. Widerspruch gibt es nicht. Wer zum Arbeitsdienst zugelassen wird, bestimmt der Reichskommissar durch nähere Anordnungen, die noch zu erlassen sind.

Die Arbeitsdienstwilligen sind gegen Krankheit und Unfall versichert. Aus der Krankenversicherung erhalten sie aber kein Krankengeld, sondern nur Krankenpflege, gegebenenfalls Krankenhauspfllege. Von der Entrichtung des Arzneikostenbeitrages und der Krankeneingebühr sind sie befreit. Soweit sie vor ihrem Eintritt in den freiwilligen Arbeitsdienst pflichtversichert waren, haben sie Anspruch auch auf Familienkrankenpflege. Verbesserungen bringt auch die Neuregelung hinsichtlich der Unfallversicherung. Diese ist auch auf Unfälle bei Sport- und bei Dienstleistungen im Arbeitslager ausgedehnt. Für Arbeitsdienstwillige, die vorher in der Arbeitslosenversicherung oder Krisenfürsorge oder als Wohlfahrtsarbeitslose in der öffentlichen Fürsorge unterstützt wurden, ist Vorsorge getroffen, daß die Anwartschaften in der Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Pensionsversicherung aufrechterhalten werden, wie bei den Arbeitslosen.

Ein unklarer Punkt in den Ausführungsvorschriften ist der § 23. Er besagt: Auf die im freiwilligen Arbeitsdienst Beschäftigten finden die Vorschriften über Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Gefahrenschutz und Arbeitsbeschränkung für Frauen und Jugendliche und die Bestimmungen über die Durchführung dieser Vorschriften Anwendung, die bei einer gleichartigen Beschäftigung im Arbeitsverhältnis gelten würden. Hierbei sind Bodenverbesserungsarbeiten und Arbeiten zur Herrichtung von Zieldungs- und Kleingartenland in jedem Fall als landwirtschaftliche Arbeiten anzusehen. Das bedeutet praktisch nichts anderes als die Möglichkeit einer zwölfstündigen Arbeitszeit.

Nun hat zwar Staatssekretär Dr. Grieser in einem Rundfunk-Vortrag am verflohenen Montag erklärt, daß die Arbeitszeit im allgemeinen nicht mehr als 36 bis 40 Stunden wöchentlich betragen soll, aber er hat nichts darüber gesagt, wie diese seine Behauptung mit dem Wortlaut der Ausführungsbestimmungen in Einklang zu bringen sind. Nachdem der freiwillige Arbeitsdienst nun einmal in der Form beschlossen ist, kann es ja nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, sich nörgelnd abseits zu stellen und nur in reiner Kritik zu machen. Aber eine aufmerksame Betrachtung müssen wir den Dingen doch schon zuteil werden lassen, damit aus diesem Werk, daß der erwerbslosen Jugend eine sinnvolle Betätigungsmöglichkeit schaffen soll, kein Betätigungsfeld für wirtschaftliche Ausbeute wird. Eine solche Vorsicht liegt nicht nur im Interesse der Arbeitnehmer, sondern auch im Interesse der freien Unternehmer.

## Das Reichsarbeitsministerium auf Abbau.

Wir haben bereits in der vorvorigen Nummer uns mit dieser Frage beschäftigt und u. a. auch dargelegt, wie Prof. Jaitrow die Zukunft des Reichsarbeitsministeriums und damit der Sozialpolitik „nach dem Willen der Regierung“ schildert. Nicht nur die Arbeitnehmerpresse, sondern auch ganz hervorragende Tageszeitungen haben sich mit dem gleichen Thema befaßt, insbesondere mit den Absichten der Reichsregierung über den Abbau des Tarif- und Schlichtungswesens. Diese Stimmen der Unzufriedenheit sind der Regierung Papen natürlich sehr unangenehm, denn die Unzufriedenheit soll ja noch nicht merken, wohin der Kurs geht. Daher verbreitete die Telegraphen-Union im amtlichen Auftrage folgende Erwiderung:

„Die Nachricht eines Berliner Abendblattes, daß das Reichsarbeitsministerium damit beschäftigt sei, sehr weitreichende Maßnahmen auf dem Gebiet des Schlichtungswesens vorzubereiten, und daß die Absichten auf eine wesentliche Einschränkung der staatlichen Schlichtungstätigkeit und eine teilweise Beschränkung des Tarifrechts hinausläufen, wird von zuständiger Stelle in Abrede gestellt. In dieser Beziehung sind gesetzliche Maßnahmen weder in Vorbereitung noch beabsichtigt. Die Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen soll nicht aufgehoben werden, wohl aber soll dieses Instrument vorsichtiger und möglichst nur in solchen Fällen angewendet werden, wo es zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit erforderlich erscheint. Es wird auch nicht an die Aufhebung der Unabhängigkeit der Tarifverträge und die Lösung durch Werkverträge gedacht, sondern man

will rein verwaltungsmäßig darauf hinwirken, daß die Tarifparteien der Lage der einzelnen Werke mehr als bisher Rechnung tragen, wobei man den größten Wert darauf legt, daß sich die Parteien selbst ohne behördliche Einwirkung verständigen.“

Also „gesetzliche“ Maßnahmen werden nicht vorbereitet. Wie lange sich die Reichsregierung an dieses Versprechen hält, das sagt sie nicht. Inzwischen werden auf dem Verwaltungswege allerlei Maßnahmen ergriffen, welche geeignet sind, unsere Befürchtungen zu verstärken. Im Reichsarbeitsministerium gibt es großes Reinemachen. Der Ministerialrat Joachim, welcher der sozialdemokratischen Partei nahesteht, und der ständige Referent für Schlichtungsrecht und Arbeitsgerichte ist, wurde plötzlich an das Reichsverwaltungsgericht versetzt, und damit für die Schlichtungstätigkeit kaltgestellt. Auch einige andere Angestellte des Reichsarbeitsministeriums, die aus der Arbeiterenschaft hervorgegangen sind, wurden mit kurzer Frist gekündigt. Weder die Reichsregierung noch der Herr Reichsarbeitsminister haben es für nötig gehalten, die Gründe anzugeben, die zu diesen Maßnahmen Anlaß gegeben haben. Auch von der Ernennung eines Nachfolgers für den Ministerialrat Joachim hat man noch nichts gehört.

Der auffälligste Schritt ist aber die Kündigung des Schlichters für Groß-Berlin, des ehemaligen Reichsarbeitsministers Wiffel. Dieser Vorgang hat nicht nur in der Arbeiterpresse, sondern auch in einem sehr großen Teil der bürgerlichen Presse die schärfsten Angriffe gegen das Reichsarbeitsministerium zur Folge gehabt. Der neue Herr, Reichsarbeitsminister Schäffer, hat sich nun doch gemüht, diesen Angriffen entgegenzutreten. Er ließ durch die ihm nahestehende Presse erklären, daß die Abfertigung Wiffels als Schlichter für Groß-Berlin erfolgt sei, weil er doch vermutlich den neuen Weg nicht freudigen Herzens mitgehen werde, also um dem Ministerium und ihm selbst Gewissenkonflikte zu ersparen. Damit wird nun amtlich zugegeben, daß im Schlichtungswesen ein neuer Weg eingeschlagen wird. Diese Erklärung des Reichsarbeitsministers hat natürlich nicht befriedigt; die Angriffe gingen weiter und so brachte die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ am 4. August unter der Überschrift „Abschied von Wiffel“ eine unzweifelhaft vom Reichsarbeitsministerium ausgehende oder von ihm doch sicher veranlaßte Darlegung, in der besonders darauf hingewiesen wurde, daß Wiffel durch eine Reihe von ihm ausgesprochener Verbindlichkeitsklärungen von Schiedssprüchen „Verwirrung in die Reihen der Vertragsparteien hineingetragen“ und der Tendenz des Reichsarbeitsministeriums, den Parteien des Tarifvertrages in höherem Maße die Verantwortung für das Zustandekommen von Tarifverträgen zu überlassen, entgegen gearbeitet habe.

Von Wiffel kann man ja nun gerade nicht sagen, daß er die Interessen der Arbeitnehmer einseitig begünstigt hätte. Er war in seinen Schiedssprüchen und auch in seinen Verbindlichkeitsklärungen äußerst vorsichtig und ängstlich bemüht, seine strengste Unparteilichkeit zu beweisen. Wir haben oftmals seine Entscheidungen mit äußerst gemischten Gefühlen betrachtet. Und wenn selbst dieser sehr vorsichtige Schlichter der Tendenz des Reichsarbeitsministeriums entgegen gearbeitet haben soll, dann kann man sich ungefähr vorstellen, wie die Tendenz der jetzigen Regierung in punkto Schlichtungswesen aussieht. Die Beteuerung der Regierung, daß man an eine gesetzliche Beseitigung des Schlichtungswesens nicht denke, dürfte umso weniger Glauben finden, je mehr die Regierung dazu übergeht, Schlichter, die in Verantwortung vor ihrem eigenen Gewissen Verbindlichkeitsklärungen aussprechen, einfach maßregeln. Nach unserer Auffassung betreibt das Reichsarbeitsministerium ganz einseitig die Geschäfte der Unternehmer.

Als ganz natürliche Folge des Verlassens der Verbindlichkeitsklärungen von Schiedssprüchen tritt ja dann auch die von den Unternehmern immer wieder verlangte „Auflockerung der Tarifverträge“ ein. Wenn man in einer Krisenzeit wie in der jetzigen die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ganz dem Spiel der freien Kräfte überläßt, dann kommt es nicht nur zu einer Auflockerung der Tarifverträge, sondern zu deren Beseitigung. Wenigstens zu einem sehr großen Teile. Da müssen wir dem Reichsarbeitsministerium dann schon ganz ruhig sagen, daß wir auch bei besserer Konjunktur auf die Mitwirkung der Schlichtungsinstanzen verzichten. Wie oft ist man der Arbeiterenschaft durch Verbindlichkeitsklärungen in den Arm gefallen und hat sie in der Ausnützung ihrer günstigen Position gehemmt. Die Absichten der Unternehmer wird man jetzt nicht hemmen. Nun das hat auch sein Gutes. Die Arbeiter werden immer mehr und mehr einsehen, daß sie sich in Zukunft nicht mehr auf die Schlichtungsinstanzen verlassen können, sondern nur noch auf die Gewerkschaften. Und wenn die Unternehmer glauben sollten, die Gewerkschaften wären nicht mehr imstande, ohne Schlichtungsinstanzen die Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen, so werden sie bald gewahr werden, wie sehr sie sich verrechnet haben. Was die Unternehmer im Bunde mit der jetzigen Regierung jetzt jaen, wird einmal für sie sehr böse Frucht tragen.

Aber auch auf den anderen Gebieten scheint der Abbau des Reichsarbeitsministeriums mit Riesenschritten vor sich zu gehen. Der „Ausverkauf“ im Reichsarbeitsministerium begann mit der Auflösung der Siedlungsabteilung, die dem Reichsernährungsministerium angegliedert wurde. Es erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß das gesamte Pensions- und Versorgungswesen für die Kriegsbeschädigten dem Reichswehrministerium übertragen werden soll. In

den Kreisen der Kriegsbeschädigten, die ohnehin schon durch die Abbaumassnahmen der Regierung Papen empfindlich betroffen sind, herrscht große Erregung über diese Gerüchte. Es wird darauf hingewiesen, daß die Uebernahme der Kriegssopferversorgung durch die Reichsregierung seinerzeit als ein großer Fortschritt empfunden worden sei, und daß jetzt die Gefahr einer Rückwärtsentwicklung der Kriegssopferversorgung auf den Stand von vor 1918 zu befürchten wäre.

Uns liegt das Protokoll der Verhandlungen des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge, des amtlichen Gutachterorgans der Reichsregierung, vom 4. Juli vor. In dieser Sitzung wurde sehr eingehend über die Frage einer Uebernahme der Kriegssopferversorgung durch das Wehrministerium gesprochen. Es gelangte ein Brief des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigten an den Vorsitzenden des Ausschusses, Gerlach (Düsseldorf), zur Verlesung, in dem es heißt: „Wie wir in letzter Minute vor Zusammentritt des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge am 4. Juli 1932 erfahren, soll mit Sicherheit kurz nach der Reichstagswahl damit zu rechnen sein, daß die Reichsversorgung aus dem Ressort des Reichsarbeitsministeriums entfernt und dem Reichswehrministerium übertragen wird.“ Der Vertreter des republikanisch eingestellten Reichsbundes ergänzte diesen Brief, indem er mitteilte, daß nach seinen Informationen die Pläne bereits feste Form angenommen hätten und im Reichsarbeitsministerium auch vorliegen müßten. Es sei mit ihrer Verwirklichung kurz nach der Wahl zu rechnen.

Bezeichnenderweise wurde von dem Vertreter des Reichsbundes, Major Goebide, darauf hingewiesen, daß der Reichspräsident im März 1931 nur erklärt habe, daß zurzeit ein Plan, die Versorgung an andere Instanzen anzugliedern, nicht feststehe. Und der Vertreter dieser rechtsgerichteten Organisation fügte hinzu, daß man sich heute kaum mehr auf die damalige Erklärung berufen könne. In übrigen kam im Verlauf der Sitzung übereinstimmend zum Ausdruck, daß eine Uebertragung der Versorgung an das Reichswehrministerium eine Verschlechterung der Lage der Kriegsbeschädigten bedeute. Auch die Vertreter der amtlichen Hauptfürsorgestellen erklärten, daß sie es nicht verstehen würden, wenn die Fürsorge und die Versorgung aus dem Ressort des Reichsarbeitsministeriums verschwand.

Wir möchten uns im gegenwärtigen Augenblick darauf beschränken, den Inhalt dieses Protokolls wiederzugeben, der deutlich genug die Gefahren zeigt.

Vorkäufig bestreitet ja die Reichsregierung alle Absichten oder sie schweigt sich aus. Der Gesamtplan über die Aufteilung des Reichsarbeitsministeriums hebt sich aber bereits aus den nebelhaften Umrißen heraus: 1. Siedlung zum Reichsernährungsministerium, 2. Schlichtungs- und Tarifwesen zum Reichswirtschaftsministerium, und 3. Pensions- und Versorgungswesen zum Reichswehrministerium. Dann kann man die Bude in der Scharnhorststraße schließen und die Arbeitnehmer sind die Zentralstelle, die zur Wahrnehmung ihrer Rechte errichtet worden ist, wieder losgeworden. Die Gefahr erkennen wir im vollen Umfange und führen sie der Gesamtarbeitnehmerschaft Deutschlands vor Augen. An dieser liegt es nun, alle Kräfte einzusetzen, um noch in letzter Stunde diese Gefahr abzuwenden zu können.

## Der Kampf der Reaktion.

Die Schwerindustrie hat zur Begünstigung rechtsradikaler Parteien bei den letzten Wahlen Millionen geopfert und meldet demgemäß ihre Forderungen an.

Der Arbeitgeberverband im Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller wendet sich in seinem diesjährigen Bericht heftig gegen die bisherige staatliche Lohnpolitik, von der er erklärt, sie sei eine verfehlte Konsumumentenpolitik und keine Wirtschaftspolitik gewesen. Der Lohnabbau sei stets von Kosten-, Steuer und Sozialabgabenerhöhung begleitet gewesen und gleichzeitig mit ihm sei ein Preisabbau verlangt worden, der die lohnmäßige Selbstkostenentlastung stets wieder um ihre Wirkung gebracht habe. In dem Bericht wird dann weiter ausgeführt, daß nur eine grundlegende Reform helfen könne, eine Reform des Staates und seines Verhältnisses zur Wirtschaft.

Es käme vor allem darauf an, die Wirtschaft in verlorengegangene Funktionen wieder einzufügen. Unternehmerfreiheit und Unternehmerverantwortung, die wirtschaftliche und soziale Funktion der Wirtschaft wieder herzustellen. Das sei möglich durch Zulassung freier Lohnfindung im Wege eines Spielraumes innerhalb der laufenden Tarifverträge, deren Einzelarbeitsverträge einen bestimmten erheblichen Hundertsatz zu unterschreiten gestatten müßten. Eine Neugestaltung im großen, Umbau staatszentralistischer Einrichtungen zu Selbstverwaltungs-einrichtungen des staatlichen Zwangsrechts zu echtem staatlichem Aufsichtsrecht, der Gewerkschaften zu bezugsfähigen Arbeitervertretungen, der Tarifverträge zu Tarifgemeinschaften im Rahmen berufsständiger Gemeinschaftsarbeit könne dann dem Fortgang der staatspolitischen Entwicklung überlassen bleiben.

Zu den Fragen der Sozialversicherungsreform und der Arbeitsbeschaffung erklärt der Bericht, bei der Arbeitsbeschaffung käme es grundsätzlich darauf an, die Wirtschaft durch Selbstkostenentlastung in den Stand zu setzen, die Arbeit in möglichst breitem Umfange wieder



aufzunehmen und das Arbeitslosenheer allmählich wieder aufzulösen. Zwischen Produktions- und Konsumentenpolitik gäbe es keinen Kompromiß. Die Ansprüche des heutigen kollektivistischen Staates würden fast ganz auf den Schultern der breiten Masse des Volkes lasten und Wunden tiefer auch nicht in der Gestalt von Steuern eingetrieben werden, so trafen sie doch, indem sie eben aus der Wirtschaftssubstanz entnommen würden, die Ernährung und Existenzgrundlage der Masse, wie sich an dem Stand der Arbeitslosigkeit zeige.

Aus dem Bericht des Arbeitgeberverbandes geht hervor, daß man die alte Walze aus dem reaktionären Leierkasten wieder aufgezogen hat, nicht der geringste neue Gedankengang ist zu entdecken. Automatenhaft wird das Lied vom Kampf gegen die Sozialpolitik, gegen die Gewerkschaften leiter gespielt. Nach der Methode: „Halte den Dieb“, versucht man die Unfähigkeit der sogenannten Wirtschaftsführer zu verdecken, indem man die Schuld für die Wirtschaftskrise in der Sozialpolitik und in der Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften erblickt. Diese Kreise wollen nicht zugeben, daß in der langanhaltenden Wirtschaftskrise eine Umwälzung des hochkapitalistischen Wirtschaftssystems zu erblickt ist. Sie werden nur mit Entsetzen gewahrt, daß ihnen in diesem Umwälzungsprozess die Macht nach und nach ihren Händen entzweihet und suchen zu retten, was noch zu retten ist. In ihrer Verzweiflung und Kurzsichtigkeit greifen sie zu Mitteln, die ihren Zweck verfehlen.

Was nicht diesen Kreisen die Maßnahme, daß sie zur Unterstützung rechtsradikaler Parteien Millionen hinausgeworfen haben, die enge Verbundenheit und der gemeinsame Kampf gegen die Gewerkschaften sind Rettungsanker auf dem Papier, aber nicht in der Praxis.

Der Bericht und die Wünsche des Arbeitgeberverbandes decken sich dem Sinne nach mit den Richtlinien, die als geheimes Schriftstück mit dem Datum vom 3. Juni 1932, das der Gau Berlin der Nationalsozialisten an die Reichsleitung in München gerichtet hat. Es wird darin zunächst erklärt, daß es notwendig sei, die gesamten Löhne und Gehälter auf den

heilige Gedanke, das Selbstbestimmungsrecht in erhöhtem Maße zum Ausdruck. Damit tritt aber auch die Selbstbestimmung in die Erscheinung, die Massen werden Rückschau auf die Jahre der Not und Entbehrung halten, und werden leicht erkennen, wo Freund und Feind in den Jahren der Not gestanden haben. Sie werden sich in die Erinnerung rufen, daß der Ruf nach dem unglückseligen Lohnabbau, der die deutsche Wirtschaft an den Rand des Verderbens gebracht hat, von dem Arbeitgeberverband der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, ausging, sie werden sich erinnern, daß aus diesem reaktionären Wetterwinkel die Parole des Kampfes gegen die Sozialpolitik, gegen die Gewerkschaften herausgegeben wurde, sie werden sich aber auch die Kreise besonders ansehen, die als Arbeitnehmer während dieser Zeit in ihrer Verblendung der Reaktion als willfährige Werkzeuge gedient haben.

Die Gewerkschaften sind trotz aller Not und Bekämpfung nicht von ihrem geraden Wege, von ihrem gesteckten Ziele abgewichen, daher werden sie auch jeder gerechten Kritik stand halten können. Einer späteren Zeit wird es vorbehalten bleiben, über alle die Hindernisse und Nöte zu berichten, die sich aus dieser schweren Zeit ergeben haben. So mancher Kollege, der durch die Not der Zeit mahnung seiner Gewerkschaft den Rücken gelehrt hat, wird erkennen, daß er hier einen verkehrten Weg beschritten hat. Es gibt leider Kollegen, die die von den Gewerkschaften vorgeschlagenen einschneidenden Maßnahmen einfach nicht begriffen oder nicht begreifen wollten, sie haben geglaubt, daß der Brunnen sich niemals ausschöpft. Demgegenüber wurden auch in unsern Kreisen immer wieder Stimmen laut, die die ganze Einstellung der sozialen Unterführungen verlangten und die Mittel zu Kampfeszielen verwenden wollten. Alle diese Stimmungen sind sorgfältig erwogen worden und haben wir die Maßnahmen gewählt, die unseres Erachtens im Interesse der Kollegen liegen. Die übergroße Mehrheit der Kollegen hat das eingesehen, die enge Verbundenheit zwischen der Leitung und den Mitgliedern hat uns in die Lage versetzt, die gefährlichsten Klippen zu umschiffen.

Gestützt auf dieses gegenseitige Vertrauen wollen wir auch weiter den Kampf gegen jede Reaktion führen. Wir schreiben kürzlich: es geht ein reaktionärer Zug durch unsere deutschen Lande. Wir müssen zugeben, daß dieser Zug sich wesentlich verstärkt hat. Es sind Kräfte am Werke, die dazu übergehen wollen, dem deutschen Volke die politische Freiheit, das wirtschaftliche Selbstbestimmungsrecht zu nehmen. Vielleicht werden an die Arbeitnehmer in den nächsten Tagen und Wochen besonders hohe Anforderungen gestellt. Wir verfolgen die Vorgänge mit schwerer Sorge, werden uns jedoch in keiner Weise mutlos machen lassen. Fordert die Reaktion zum offenen Kampfe heraus, dann werden die bewährten Kämpfer wahrlich nicht zurückbleiben. Es gilt jetzt mehr denn je, nicht die Herzen zu verlieren, der Organisation die Treue zu bewahren und nur deren Anweisungen zu befolgen im Kampfe um die Freiheit der deutschen Arbeitnehmer. Unsere Parole lautet nach wie vor:

„In Treue fest!“

## Anzeichen einer wirtschaftlichen Besserung?

Das Millionenheer der Arbeitslosen tastet fehschrittig den wirtschaftlichen Horizont nach dem langersehnten Silberstreifen ab, ob Anzeichen einer wirtschaftlichen Besserung vorhanden sind.

„Es mehren sich die Stimmen, die den Eintritt in die solange erhoffte Periode eines neuen Anstiegs der Weltwirtschaft als begonnen oder doch als unmittelbar bevorstehend bezeichnen.“ Mit diesem Satz leitet das Konjunkturforschungsinstitut eine Untersuchung ein, „inwiefern solche Wirtschaftshoffnungen für Deutschland berechtigt sind.“ Wir wollen das Ergebnis vorweg nehmen: Für Deutschland ist fürs erste noch nicht mit einem Umschwung zu rechnen.

Nach der Untersuchung des Konjunkturforschungsinstituts lag die Indexziffer der Industrieproduktion im Mai um 12,5 Prozent, im Juni nur noch um 5,3 Prozent über ihrem Tiefstand vom Januar d. J. Ein Teil der Besserung ist dabei noch zweifellos saisonmäßig bedingt. Die Ausnutzung der Arbeitskapazität war in den letzten Monaten, wenn auch neuerdings in verlangsamtem Tempo, weiterhin rückläufig. Im großen und ganzen sind folgende Hauptlinien in der Wirtschaftsentwicklung zu erkennen: Saisonmäßige und andere außerkonjunkturelle Kräfte haben das Produktionsvolumen etwas über den Tiefstand vom Januar 1932 zu heben vermocht. Eine konjunkturelle Besserung liegt aber nicht vor. Die Tatsache, daß die saisonbereinigten Ziffern großenteils nicht mehr stärker zurückgegangen sind, könnte vielleicht eine konjunkturelle Stagnation, also eine Unterbrechung des Konjunkturabwärtens vermuten lassen. Dagegen spricht, daß ein großer Teil der relativ günstigen Produktionsgestaltung der vergangenen Monate auf Sondermomente zweifellos außerkonjunktureller Natur (Russenaufträge) zurückgeht, und ferner, daß in allerjüngster Zeit die depressiven Tendenzen wieder stärker hervortreten.

In diesem Zusammenhang verweist das Konjunkturforschungsinstitut auf die Wichtigkeit der Abfallfrage und der Absatzgestaltung. Sie hängt von vier Faktoren ab, dem Export, dem Verbrauch, der Anlageinvestition und der Borratsinvestition.

**Export:** Die Exportaussichten Deutschlands müssen als schlecht bezeichnet werden. Selbst eine zunehmende Konsolidierung der Weltwirtschaft würde dem deutschen Export noch nicht sogleich eine Entlastung schaffen können: denn nach allen bisherigen Erfahrungen erhofft sich bei den einer Wirtschaftsbelebung entgegengehenden Volkswirtschaften die Aufnahmebereitschaft für ausländische Industriegüter erst verhältnismäßig spät. Absatz und Produktion von Exportgütern dürften daher noch in konjunktureller Abwärtsbewegung verharren.

**Verbrauch und Kaufkraft:** der Absatz an Verbrauchsgütern in Deutschland nimmt ab. Die Kaufkraft steht in einem neuen Trosselungsprozess. Und zwar hängt dieser Prozess damit zusammen, daß die Einzelhandelspreise nunmehr langsamer sinken als früher, während das Verbrauchereinkommen unverändert und während zusammenschrumpft. Der mengenmäßige Verbrauch der Bevölkerung wird so gewissermaßen zusammengepreßt.

**Anlageinvestition:** Die Investitionstätigkeit, die Errichtung neuer und die Ausbesserung alter Anlagen ist auf einen Tiefstand geschrumpft, der nicht einmal zum Ersatz des laufenden Verschleißes ausreicht. Hier liegt wohl eine starke Absatzreserve. Ein plötzliches Einsetzen umfangreicher Ersatzinvestitionen ist allerdings unwahrscheinlich.

**Borratsinvestition:** Hier kommt das Konjunkturforschungsinstitut zu dem Schluß, daß eine Erhöhung der Nachfrage zum Zweck des Lageranbaues nicht ausgeschlossen erscheint und zwar deshalb, weil im Verlauf des nun drei Jahre dauernden Preissturzes die Preise auf einen Tiefstand gesunken sind, der bei einer Reihe von Produkten wahrscheinlich kaum mehr wesentlich unterschritten werden dürfte. Auf manchen Gebieten läßt sich deshalb auch eine größere Bereitschaft von Fabrikation und Handel beobachten, die Warenbestände, die vormem stark abgebaut worden waren, wieder um einiges zu erhöhen. Größeren Umfang könnte eine solche „Eindeckungswelle“ in Deutschland allerdings wohl kaum annehmen.

Daraus ergibt sich nach den Folgerungen des Konjunkturforschungsinstitutes, daß die Absatznot während der kommenden Monate nicht abnehmen, sondern sich wahrscheinlich sogar in gewissem Umfang verstärken wird. Bevor auch nicht die Kreditmärkte der Unternehmertätigkeit einen größeren Spielraum geben als sie dies bisher tun, kann auch keine entscheidende Wendung des Konjunkturverlaufs erwartet werden. An den internationalen Kreditmärkten hat sich der Kreditüberfluß bisher auch im wesentlichen auf die Geldmärkte beschränkt. Seit einiger Zeit greifen die Verflüssigungstendenzen aber, wie aus der Bewegung der Rentenkurse hervorgeht, auf die Kapitalmärkte über.

In diesem Zusammenhang ist ein Bericht aus der internationalen Finanzwelt, der sehr geachteten Bank Guenzler & Co. in Zürich außerordentlich bemerkenswert. In diesem Bericht heißt es:

„Es bestehen heute deutliche Anzeichen, daß der Tiefpunkt der internationalen Wirtschaft zur Vertrauenskrise überwunden ist und daß die Wirtschaft, allerdings zögernd, in einen Gesundungsprozess eintritt. — Der Weg ist noch lang und beschwerlich, aber wenigstens die untere Strecke scheint heute überwunden zu sein.“

In dem Bericht der Züricher Bank kommt weiter zum Ausdruck, daß als große Ursache des eingetretenen Umschwungs die Tatsache zu verzeichnen ist, daß nach der Lausanner Konferenz es praktisch keine Reparationsfragen mehr gibt, daß die Abrüstungskonferenz einfach wegen der zwingenden Notwendigkeit von Einsparungen zu einem Erfolge führen wird und daß in der ganzen kapitalistischen Welt die Lagerhaltung auf einem so tiefen Stande angekommen ist, daß die nun schon seit Monaten vorliegende Preisstabilisierung der Rohstoffe zur Auffüllung der Lager anregen muß. Wenn man dieser Prognose eines so angesehenen Bankinstituts vielleicht nicht allzu große Bedeutung beimessen darf, so kann man an den wirtschaftlichen Tatsachen, die dieser Vorhersage recht geben, nicht vorbeigehen.

Tatsache ist, daß die amerikanische Regierung die großzügigsten Anstrengungen gemacht, um mit künstlichen Mitteln die Depression zu überwinden. Bis vor kurzer Zeit waren alle Kreditausweitungsversuche noch unwirksam gewesen. Jetzt aber treffen die Maßnahmen der amerikanischen Regierung ganz offenbar mit wirtschaftlichen Aufstiegsstatistiken zusammen und es besteht die Aussicht, daß die zunächst nur künstlichen Maßnahmen sich jetzt in einer Förderung natürlicher Besserungstendenzen auswirken beginnen.

Dafür folgende Tatsachen:

Auf der New-Yorker Börse hält der Anstieg der Kurse unvermindert an. Die Kurssteigerungen sind sensationell. In vier Wochen sind die wichtigsten Aktienkurse im Durchschnitt um 100 Prozent gestiegen. Zum Teil sind innerhalb acht Tagen Kurssteigerungen um 100 Prozent eingetreten. Die Umsätze an der New-Yorker Börse sind gegenwärtig täglich so groß, wie noch vor kurzer Zeit in einem und zwei Monaten zusammen. Dabei ist diese Kursentwicklung keine inner-amerikanische Angelegenheit. Käufer sind in allererster Linie große europäische Banken, die natürlich Kursgewinne machen wollen; aber das ändert nichts an der Tatsache, daß man in diesen Finanzzentren optimistisch gestimmt ist und den Baillieparteien keine Zukunft mehr zuspricht.

Die deutschen Dollarsanleihen haben ihre Kurse ebenfalls sprunghaft erhöht. Während die siebenprozentigen

## Jedes Mitglied

das für die Entwicklung des Gewerkschaftsvereins wirken will

muß

neben der finanziellen Stärkung der Organisation helfen

neue Streiter für die Verteidigung seiner Rechte zu gewinnen

## die Interessenlosigkeit

zahlreicher Arbeitskollegen stärkt die Reaktion im Arbeitgeberlager. Es gilt den Indifferentismus

## zu bekämpfen

im Interesse der Kollegen selbst.

Stand des Jahres 1900 zurückzuführen. Des weiteren heißt es, daß das Recht auf Arbeitslosen-Unterstützung bankrott, im marxistischen Sinne abgewirtschaftet hat. Die Auswirkungen des Verschuldungsgebahrens hätten „korumpierend und erschlaffend auf den deutschen Menschen“ gewirkt. Es heißt dann wörtlich:

„Soweit bei unverschuldeter Erwerbslosigkeit und Invaldität Unterhaltungen in Frage kommen, wird an Stelle der bisherigen Versicherung und des rechtlich begründeten Anspruchs eine individuell gestaltete, den wirtschaftlichen Verhältnissen angepasste Nothilfe eingeführt, die widerrechtlich ist.“

Daß u. a. auch die Aufhebung sämtlicher Gewerkschaften gefordert wird, bedarf kaum noch einer Erwähnung. An deren Stelle sollen sogenannte „nationale Gewerke“ treten, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch vertreten sind.

Man sieht hieraus dieselben Gedankengänge, wie in dem Bericht des Arbeitgeberverbandes. Man könnte das ganze als kindliche Plauderei betrachten, wenn in diesem Vorgehen nicht ein bestimmtes System zu erblicken wäre. Wie am Wahltag die Fenster von schwerleidenden Renteneinpängern zur Entfaltung reaktionärer Fahnen genietet wurden, so sucht man auch die durch die lange Arbeitslosigkeit in ihrer Energie geschwächten Arbeitnehmer ihrer Organisation zu entfremden, ihnen den letzten Halt zu nehmen, um sie für die Unternehmertätigkeit reif zu machen. Dies Spiel mit der Armut der Menschheit ist von den Gewerkschaften längst erkannt und sie setzen daher ihre ganzen Kräfte ein, um dies demagogische Vorgehen zu vereiteln.

Augenblickserfolge rechtfertigen noch keineswegs das Vorgehen zu freventlichen Spielen. Auch diese, auf den Massen so schwerlastende Krise wird und muß einmal vorübergehen, wenn nicht alle Anzeichen trügen, haben wir die längste Zeit der Not und Entbehrung hinter uns, mit dem Augeblick, indem das Heer der Arbeitslosen in seiner großen Mehrheit von der Bildfläche verschwindet, ist kein Raum mehr für die Reaktion, da können auch die Millionen der Schwerindustrie nicht mehr helfen, sondern da kommt überall der frei-



am 28. Mai in New-York nur 25,7 Prozent notierten und am 23. Juli schon 43,7 Prozent, waren sie am 6. August auf 47,7 Prozent gestiegen. Die 6 1/2 prozentigen deutschen Dollaranleihen haben ihre Kurse vom 28. Mai bis zum 6. August von 21,7 auf 38,7 Prozent verbessert, also ebenfalls beinahe verdoppelt. Die Hausse tendenz beschränkt sich nicht nur auf die New-Yorker Börse, sondern sie hat auf sämtliche europäischen Börsen übergriffen.

Vorgänge auf den Wertpapierbörsen müssen, wenn die Hausse kein Strohfeuer sein soll, Vorgängen in der Warenwirtschaft entsprechen und dem ist in der Tat so. Auf den großen Rohstoffmärkten der Welt war es schon seit Monaten zu einem Aufstören der Preisbildung und zu einer Stabilisierung der Preise gekommen. Seit einigen Wochen ist eine deutliche Preissteigerung bei wichtigen Rohstoffen festgestellt. Die Preise für Kupfer, Kautschuk sind gestiegen und steigen noch; Weizen und Roggen haben empfindlich im Preise angezogen, ebenso Hafer und Mais, dazu kommt die gewaltige Steigerung der Baumwollpreise.

Auf der andern Seite ist freilich nicht zu verkennen, daß die amerikanischen Finanzmaßnahmen die Hausse tendenz auf den Wertpapier- und Warenbörsen stark fördern.

Wir wollen durchaus keine falschen Hoffnungen erwecken, es ist nur zu wünschen, daß die im Augenblick durchaus berechtigten Erwartungen auf eine Besserung der Weltkonjunktur sich auf die Dauer erfüllen. Es gibt keine Krise, die bis ins Unendliche dauern kann. Die arbeitende und jetzt mit Tugenden von Millionen Händen feiernde Welt wartet auf diese Besserung. Die Erfahrungen der letzten Jahre waren so schwer und bedrückend, daß sicher niemand bei den ersten Besserungszeichen den Himmel voller Geigen hängen sehen wird. Aber wenn auch die Besserung nur eine allmähliche sein wird, die ganze Welt wird dankbar sein, wenn der Umschwung endlich kommt.

## Auswirkungen der letzten Notverordnung.

Unter der Rubrik: „Allerlei Humor“, berichtet die „Holzarbeiter-Zeitung“ über eine bürokratische Glanzleistung. Auf einer Försterei im Harz war ein Pumpenstiel zerbrochen. Der Förster glaubte, den Reparaturbetrag von 60 Pfg. auslegen zu dürfen, um ihn dann später, ordnungsmäßig belegt, in Rechnung zu stellen. Für dieses eigenmächtige Vorgehen erhielt indes der gute Mann einen gehörigen „Wischer“, und ihm wurde bedeutet, sich in solchen Fällen des vorgeschriebenen Instanzenweges zu bedienen. Wieder war nach Jahren einmal ein neuer Pumpenstiel nötig, und jetzt schrieb der Förster einen seitenslangen Bericht an die vorgesetzte Behörde. Diese gab das Schriftstück an die Baubehörde, und diese veranlaßte einen Bauaufseher, den Pumpenstiel zu besichtigen. Nach dem Bauaufseher erschien auf einen Bericht ein Bauassistent und auf dessen Bericht ein Baurat, selbstverständlich im Automobil. Die Kosten für die Pumpenstielbesichtigungen betragen 69,80 RM., der Stiel selbst kostet 60 Pfg.

Diesen Humor könnte man, wenn es nicht so bitter ernst wäre auch auf die Prüfung der Bedürftigkeit, die auf Grund der Notverordnung der neuen Regierung eingeführt ist, zur Anwendung bringen.

Bisher gab es in der Krisenfürsorge eine Prüfung der Bedürftigkeit, die die Arbeitsämter nach genauer Richtlinien vorzunehmen hatten. Bei alleinstehenden Arbeitslosen ergab sich die Bedürftigkeit im Falle der Arbeitslosigkeit von selbst. Bei arbeitslosen und unterstützten Familienmitgliedern wurde die Bedürftigkeit in der Form immer wieder nachgeprüft, daß am Jahrestag die Vorlegung der Stempelformen oder die Verdienstbescheinigungen von sonst erwerbstätigen Familienmitgliedern gefordert wurde. Diese ziemlich genaue Prüfung der Bedürftigkeit kostete so gut wie nichts und konnte jede Woche in kurzer Zeit durchgeführt werden.

Die neue Notverordnung hat nun in dieser Beziehung eine grundlegende Änderung geschaffen, indem auf der einen Seite Hunderttausenden von Arbeitslosen die Unterstützung vollständig entzogen oder nur teilweise gezahlt wird. Nach den neuen Bestimmungen hat ein Verächter, der seine Arbeitsstätte verliert, nur noch einen rechtlichen Anspruch von sechs Wochen auf Arbeitslosenunterstützung, eine Weiterzahlung der Unterstützung hängt von dem Ergebnis der Bedürftigkeitsprüfung ab. Diese Prüfung wird von den Wohlfahrtsämtern vorgenommen. Daraus ergibt sich, daß Tausende von Hilfskräften eingestellt werden müssen, um diese Kleinarbeit der Bedürftigkeitsprüfung zu überwältigen. Wenn diese Hilfskräfte auch noch so niedrig entlohnt werden, so verursachen dieselben jedoch gewaltige Summen von Unkosten. Daraus ergibt sich die Tatsache, daß man das, was man den arbeitslosen entzieht, vielleicht in erhöhtem Maße für bürokratische Verwaltungskosten verausgaben muß. Hinzu kommt die maßlose Verzögerung der vom Schicksal so hart betroffenen Arbeitslosen. Früher geschah die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit in einfacher Form. Heute muß das Arbeitsamt für jede Prüfung ein Kistenformular vom arbeitslosen ausfüllen lassen und in doppelter Zusammenfassung mit einem Einlegelogen an das Wohlfahrtsamt senden. Das nun „formale“ die Hilfsbedürftigkeit prüft.

Wenn man nun auch diesen Büßern den guten Willen nicht absprechen will, so fehlt doch dem größten Teil in dieser Beziehung die Erfahrung und vielleicht auch manchmal das soziale Verständnis. Hinzu kommt, daß die Notverordnung vorsieht, daß die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit alle 13 Wochen stattfinden muß. Die Praxis ergibt, daß die Hilfsbedürftigkeit einer Person nicht unänderlich ist. Bei alleinstehenden, ledigen Arbeitslosen mag die Bestimmung noch durchführbar sein. Für die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit eines Familienmitgliedes ist sie unbrauchbar. Heute ist z. B. ein Familienmitglied im Sinne der Verordnung bedürftig, morgen tritt aber ein anderes Mitglied der Familie in Arbeit, was dann? Meldet der Arbeitslose vielleicht, daß er noch weniger Geld haben will, als ihm die letzte Notverordnung ließ? Weiß er überhaupt noch, auf was er Anspruch hat?

Wird aber die Hilfsbedürftigkeit eines Arbeitslosen vom Wohlfahrtsamt verneint und es stirbt ein Familienmitglied oder wird geboren oder wird arbeitslos oder krank? Der Arbeitslose reklamiert beim Arbeitsamt, dieses wendet sich an das Wohlfahrtsamt, dieses benützt einen Prüfer. Dann beginnt erst die Prüfung und nachher der umgekehrte Instanzenweg. Es handelt sich hier keineswegs um Einzelscheinungen, sie sind die Regel. Arbeitsamt und Wohlfahrtsamt kommen überhaupt nicht mehr zur Ruhe. Sie schicken einander ständig neue Formulare und Prüfungsberichte zu. Gehören Angehörige einer Familie einem Verufe an, bei dem Ausschussarbeiten die Regel sind, so kommen die Prüfer überhaupt nicht mehr zur Ruhe.

Die Arbeit steht in keinem Verhältnis zum Resultat. Und während die Formulare vom Arbeitsamt zum Wohlfahrtsamt, vom Wohlfahrtsamt zum Prüfer, vom Prüfer zum Wohlfahrtsamt, vom Wohlfahrtsamt zum Arbeitsamt wie am laufenden Band — nur nicht so schnell — hin und her wandern und zu riesigen Aktenbündeln answellen, warten hangend, hungrig und verzweifelt Hunderttausende auf den „Bescheid“.

Diese „Bescheide“ sind nach langem Warten meist auf Grund der Notverordnung so gehalten, daß sie die Menschen zur Verzweiflung oder zum Selbstmord treiben. Die ganzen diesbezüglichen Bestimmungen der Notverordnung der Regierung Papen, sind einfach unhaltbar, es muß alles aufgehoben werden, dieselben so schnell wie möglich wieder zu beseitigen.

## Lohnabkommen für das Bertragsgebiet Rheinland-Westfalen.

Ab 15. Juli 1932 betragen die Tariflöhne:

In Ortsklasse:	I	II	IIa	III	IV	V	VI
<b>Facharbeiter:</b>							
über 22 Jahre	86	82	80	77	73	69	65
von 20—22 Jahren	77	74	72	69	66	62	59
„ 19—20 „	60	57	56	54	51	48	46
„ 18—19 „	56	53	52	50	47	45	42
„ 17—18 „	43	41	40	39	37	35	33
<b>Hilfsarbeiter:</b>							
über 22 Jahre	73	70	68	65	62	59	55
von 20—22 Jahren	60	57	56	54	51	48	46
„ 18—20 „	47	45	44	42	40	38	36
„ 16—18 „	35	34	33	32	30	28	27
<b>Facharbeiterinnen:</b>							
über 22 Jahre	52	49	48	46	44	41	39
von 20—22 Jahren	47	45	44	42	40	38	36
„ 18—20 „	43	41	40	39	37	35	33
<b>Hilfsarbeiterinnen:</b>							
über 22 Jahre	43	41	40	39	37	35	33
von 20—22 Jahren	37	35	34	33	31	30	28
„ 18—20 „	30	29	28	27	26	24	23
„ 16—18 „	25	24	23	22	21	20	19

Während der Dauer dieses Lohnabkommens besteht bei Arbeitsverrichtungen in Neubauten und Umbauten keine tarifliche Verpflichtung zur Zahlung des Lohnzuschlages von 5%, auf den Tariflohn. (§ 41).

Diese Lohnregelung kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. 12. 1932 gekündigt werden.

Essen, den 21. Juli 1932.

gez.: Unterschriften.

## Aus den Ortsvereinen.

Augsburg. Am 19. 6. d. J. hielt der E. B. Jugendheim bei seinem Landheim in Kräuchen ein vom schönsten Wetter begünstigtes Sommerfest ab. Bei reger Beteiligung fanden am Vormittag leichtathletische Wettkämpfe, wie Waldbau für die männliche Jugend, Wettkampf für die weibliche Jugend usw. statt und zeigten durchwegs recht gute Resultate. Die Sieger erhielten recht ansehnliche ehbare Preise, trotzdem die Beteiligung ohne Einsatz für jedermann frei war. Am Nachmittag konzertierte die 10 Mann starke Blechmusikglocke von der benachbarten Gemeinde Adelsried. Der Vorsitzende des E. B., Kollege Gottbold, konnte in seiner Ansprache circa 500 Besucher begrüßen, gewiß ein Zeichen, daß unsere Bewegung, entgegengekehrt der Anschauung einer hiesigen Zeitung, in allen Kreisen beliebt und anerkannt ist. Die markanten Worte des Vorsitzenden gipfelten am Schluß in den Worten „Allen Sturm und Anfeindungen zum Trotz leben wir immer noch und werden, was auch kommen mag, weiter leben.“ Großer Beifall bewies die Richtigkeit seiner Ausführungen. In den Konzert-

pausen fanden unter Leitung des Kollegen Schwanen Kinderbeistellungen wie Kinder-Polonaise, Wettlaufen, Eierlaufen usw. statt, an denen sich rund 150 Kinder beteiligten. Singschulen und Fasnaden waren der Lohn. Auch den glücklichen Siegern beim Bodentanz wurden schöne und gute ehbare Preise. Guten Anklang fanden auch die Reigen der E. B. Jugend. Die Zeit entschwand jedoch wie im Fluge und viel zu früh mußte, natürlich mit Musik, der Weg zum Bahnhof angetreten werden. Man trennte sich in dem Bewußtsein, im Kreise gleichgestimmter Kollegen einige recht vergnügte Stunden erlebt zu haben und daß auch durch dieses in allen seinen Teilen wohlgeungene Sommerfest unserer Gewerkschaftsbewegung neue Freunde gewonnen wurden.

P. S.

## Zur besonderen Beachtung für die Ortsvereinskassierer.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen an nichtbezugsberechtigte Kollegen, die sich auf Wanderschaft befinden, Reiseunterstützung gezahlt ist, wobei die in der Unterstützungsordnung vorgeordneten Sätze weit überschritten worden sind.

Der § 9 Ziffer 2 der Unterstützungsordnung besagt: Die Reiseunterstützung beträgt bei einem Wochenbeitrag

bis 70 Pfennig pro Kilometer	3 Pfennig höchstens
1,— RM. pro Reisetag	
bis 100 Pfennig pro Kilometer	4 Pfennig höchstens
1,50 RM. pro Reisetag	
bis 150 Pfennig pro Kilometer	5 Pfennig höchstens
2,— RM. pro Reisetag	
über 150 Pfennig pro Kilometer	6 Pfennig höchstens
2,50 RM. pro Reisetag	

Demnach ist als Höchstbetrag je nach der Beitragshöhe nur 1,— bis 2,50 RM. zu zahlen.

Darüber hinaus darf keine Unterstützung gezahlt werden.

Des Weiteren ist § 10 der Unterstützungsordnung streng zu beachten. Danach wird Reise- und Arbeitslosenunterstützung miteinander aufgerechnet. Die Kassierer haben jede Unterstützung im Mitgliedsbuch genau einzutragen, so daß sogleich zu übersehen ist, ob ein Mitglied noch bezugsberechtigt ist und welchen Betrag dasselbe gegebenenfalls noch zu erhalten hat.

### Krankheitsbescheinigung.

Nach § 8 Abs. 3 der Satzung der Zuschuß-Krankensicherungsstelle ist im Erkrankungsfalle jedes Mitglied der Kasse verpflichtet, den Nachweis der Arbeitslosigkeit zu erbringen. Soweit dies nicht durch einen Vermerk des Arztes auf dem Krankenschein geschieht, muß dieses durch den Krankenschein der Orts- oder Betriebskrankenkasse, auf jeden Fall durch einen amtlichen Nachweis geschehen. Wo dies nicht geschieht, darf eine Auszahlung des Krankengeldes nicht erfolgen.

Der Hauptvorstand.

## Achtung!

Das Mitglied 31180 Coenen-Düsseldorf hat sich auf Wanderschaft abgemeldet. Bei vorkommenden Meldungen ist das Mitgliedsbuch einzuziehen und an die Hauptleitung einzusenden.

Unterstützung ist auf keinen Fall an dies Mitglied zu zahlen.

Der Hauptvorstand.



## Einheitliche Vereinsabzeichen!

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg. In derselben Aufmachung sind wieder, wie vor dem Kriege, Manschettenknöpfe angefertigt zum Preise von 1,20 Mk. das Paar. Auch diese sind wie die Vereinsnadel vom Hauptbüro durch die Ortsvereine zu beziehen.

Desgleichen sind Jubiläumsabzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silberkranz und der Zahl 25 in der Spitze für 2,50 Mk das Stück vom Hauptbüro zu beziehen.

## Pünktliche Beitragszahlung ist dringende Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Für die Woche vom 13.—19. August ist die 33. Woche fällig  
Für die Woche vom 20.—26. August ist die 34. Woche fällig